STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG GERSFELD (RHÖN)

Niederschrift über die 6. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) vom 15. Dezember 2016

(DAS PROTOKOLL KANN VERTRAULICHE INFORMATIONEN ENTHALTEN)

Sitzungsort: H

Bürgersaal im Kur- und Bürgerzentrum

Beginn:

20.05 Uhr

Gersfeld,

Schlossplatz 9, 36129 Gersfeld (Rhön)

Ende:

21.50 Uhr

ANWESENDE

Magistrat

Verwaltung

Klaus Niebling

Leiter der Finanzabteilung

Bürgermeister Steffen Korell (CDU)

1. Stadtrat Harald Schäfer (SPD)

Stadtrat Markus Meiß (CDU)

Stadtrat Andreas Müller (CDU)

Stadtrat Carl-Jürgen Pillmann (CDU) -fehlt-

Stadträtin Margarete Trinath (SPD)

Stadtrat Knut Kersten (BWG) -fehlt-

Stadtrat Dieter Wepler (BWG) (ab 20.50 Uhr/bis 21.30 Uhr)

Schriftführerin: Heike Wallrab

Stadtrat Siegbert Simon (FDP)

Stadträtin Ilse Gutmann-Friedel (SPD)

Stadtverordnete

SPD-Fraktion 1. Michael Gutermuth 2. Rolf Banik 3. Susanne Rahm 4. Klaus Keidel 5. Helmut Müller 6. Silvia Quillmann 7. Hermann Reuß 8. Susanne Rulischek 9. Ralf Zinn 10. Dr. Tanja Weber	-fehlt entschfehlt entsch	CDU-Fraktion 1. Waldemar Niebling 2. Jürgen Melchers 3. Christian Frohnapfel 4. Lisa Köhler 5. Hartwig Maehl 6. Joachim Jenrich 7. Mario Möller 8. Konstantin Neumann 9. Rainer Goldbach 10. Matthias Schlag	-fehlt entsch	
BWG-Fraktion 1 Uwe Glück 2. Mark Rehm 3. Peter Vey 4. Klaus Grösch 5. Andrea Hintzmann 6. Michael Schneider	(bis 21.30 Uhr) (bis 21.30 Uhr) (bis 21.30 Uhr) (bis 21.30 Uhr) (bis 21.30 Uhr) -fehlt entsch	FDP-Fraktion 1. Christoph Kammerdiener 2. Martin Gutermuth 3. Jürgen Nix GRÜNE-Fraktion 1. Karin Muhr 2. Heiner Marquardt	-fehlt entsch (bis 21.30 Uhr) (bis 21.30 Uhr)	1

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

1. Entscheidung über die Tagesordnung

2. TAGESORDNUNG A

- 3. Eingaben zur Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 10.11.2016
- 4. Genehmigung der Niederschrift der 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) vom 10.11.2016
- 5. Sanierung Mehrzweckbecken Freibad Gersfeld, Nachfinanzierung von fehlenden Auftragspositionen im Leistungsverzeichnis

6. TAGESORDNUNG B

- 7. Änderung der Satzung der Stadt Gersfeld (Rhön) zur Erhebung eines Kurbeitrages (Kurtaxe) IV. Nachtrag
- 8. Verbuchung von aufzulösenden Altbeiträgen aus der Wasserver- und Abwasserentsorgung vor 1998 der Jahre 2014, 2015 und 2016 für die Erstellung der Abschlüsse
- 9. Ankündigungsbeschluss über die beabsichtigte rückwirkende Anpassung der Abwasserbenutzungsgebühren zum 01.01.2017
- 10. Verbindliche Nutzung des papierlosen Sitzungsdienstprogramms ab dem 01.07.2017/Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

11. Anträge

- 11.1. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD zur Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2016 Wasserbauprogramm
- 12. Berichte und Anfragen

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil:

Stadtverordnetenvorsteher Martin Gutermuth eröffnet die 6. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön).

Er begrüßt alle Anwesenden und stellt sodann die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung durch Veröffentlichung im Internet, im Gersfelder Rhönboten Nr. 49/2016 sowie persönliche Einladung vom 07.12.2016 fest. Ein Vertreter der Presse ist nicht anwesend.

Sodann stellt er die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 24 Abgeordnete anwesend, ab 21.30 Uhr 15 Abgeordnete und ab 21.35 Uhr wieder 17 Abgeordnete.

Zu Stimmzählern werden die Abgeordneten Karin Muhr und Peter Vey ernannt.

TOP 1.

Entscheidung über die Tagesordnung

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die Tagesordnung A und B vor. Es gibt keine Wortmeldungen zur Tagesordnung, so dass diese in der vorliegenden Form angenommen wird.

TOP 2.

Tagesordnung A

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die Tagesordnung A, TOP 3. bis TOP 5. vor und macht hierzu einige kurze Ausführungen. Weiterhin stellt er die Eingabe der SPD-Fraktion zu TOP 3. und die Beschlussvorlage zu TOP 5. vor.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, wird die Tagesordnung A, TOP 3. bis TOP 5. abgestimmt.

Beschluss 85/2016 -15.12.2016-

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt einstimmig die Tagesordnung A, TOP 3. bis TOP 5.

Abstimmung: 24 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

TOP 3.

Eingaben zur Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 10.11.2016

Beschluss 85a/2016 -15.12.2016-

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt, das Protokoll der 5. Stadtverordnetenversammlung vom 10.11.2016 wird gemäß vorliegendem Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2016 in TOP 12. dahingehend geändert, dass das Wort "lediglich" gestrichen wird (Anlage 1).

Abstimmung:

24 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

TOP 4.

Genehmigung der Niederschrift der 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) vom 10.11.2016

Beschluss 85b/2016

-15.12.2016-

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt einstimmig das Protokoll der 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) vom 10.11.2016. unter Einarbeitung der genehmigten Änderung – Beschluss 85a/2016 - gemäß Anlage 1. Es wird in der dann vorliegenden Form angenommen und zur Veröffentlichung freigegeben.

Abstimmung:

24 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

TOP 5.

Sanierung Mehrzweckbecken Freibad Gersfeld, Nachfinanzierung von fehlenden Auftragspositionen im Leistungsverzeichnis

Beschluss 85c/2016

-15.12.2016-

Die Nachfinanzierung von Auszahlungsmitteln bei dem Projekt 42420-0012 Sanierung Mehrzweckbecken Freibad Gersfeld von netto \in 30.000,00 auf insgesamt \in 300.000,00 wird beschlossen. Die Mehrauszahlungen sind aus nicht veranschlagten Mehreinzahlungen gedeckt (Anlage 2).

Abstimmung:

24 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

TOP 6.

Tagesordnung B

TOP 7

Änderung der Satzung der Stadt Gersfeld (Rhön) zur Erhebung eines Kurbeitrages (Kurtaxe) IV. Nachtrag

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt diesen TOP sowie die dazugehörige Beschlussvorlage vor und macht einige Ausführungen hierzu. Weiterhin werden die vorliegenden Beratungsergebnisse zu diesem TOP wie folgt bekannt gegeben: Magistrat 10:0:0, Haupt- und Finanzausschuss 5:2:0 und FGTSS 5:0:1.

Anschließend geben die Fraktionen ihre Stellungnahmen ab. Die Abgeordneten Goldbach (CDU) und Michael Gutermuth (SPD) erklären ihre Zustimmung zur Beschlussvorlage, der Abgeordnete Rehm (BWG) trägt vor, dass die BWG-Fraktion nicht grundsätzlich gegen eine Erhöhung der Kurtaxe sei, die Mehreinnahmen dann aber zweckmäßig eingesetzt werden sollen und weiterhin alle Beherbergungsbetriebe – in allen Stadtteilen – gleichgestellt werden sollen. Der Abgeordnete Kammerdiener (FDP) sowie der Abgeordnete Marquardt (GRÜNE-Fraktion) sprechen sich gegen eine Erhöhung der Kurtaxe im Rahmen ihrer Stellungnahmen aus.

Abschließend merkt der Abgeordnete Rehm noch an, dass im zu beschließenden IV. Nachtrag zur Satzung in § 8 der 4. Absatz nicht mehr enthalten sei. Er fragt an, ob dieser nicht mehr gelten soll? Der Bürgermeister antwortet hierauf, dass der 4. Absatz von § 8 ersatzlos gestrichen wird.

Beschluss 86/2016

-15.12.2016-

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den IV. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung eines Kurbeitrages (Kurtaxe) zum 01. Januar 2017 gemäß Anlage (Anlage 3).

Abstimmung:

15 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

TOP 8.

Verbuchung von aufzulösenden Altbeiträgen aus der Wasserver- und Abwasserentsorgung vor 1998 der Jahre 2014, 2015 und 2016 für die Erstellung der Abschlüsse

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt diesen TOP und die dazugehörige Beschlussvorlage vor. Der Magistrat hat hierüber mit 10:0:0 beraten und der Haupt- und Finanzausschuss mit 5:1:1. Die Fraktionen der SPD, CDU, BWG und GRÜNEN verzichten auf ihre Stellungnahmen und werden der Beschlussvorlage zustimmen. Der Abgeordnete Kammerdiener gibt für die FDP-Fraktion eine Stellungnahme ab und teilt mit, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage bis zum Jahre 2016 zustimmen wird.

Beschluss 87/2016

-15.12.2016-

Für das Jahr 2014 und 2015 wird der Betrag der jeweiligen Sonderpostenauflösung aus Beiträgen im Bereich Wasser und Abwasser (Buchung: Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen an Sonderposten aus Beiträgen) als ein Anlagegut eingebucht und der Sonderposten in dem jeweiligen Jahr (1 Jahr Laufzeit) aufgelöst. Dadurch entsteht eine Forderung der Betriebszweige Wasser und Abwasser gegenüber dem Mutterhaushalt, da dieser für die Jahre 2014 bis 2016 zu hohe Tilgungsleistungen erhalten hat.

Die Verbindlichkeiten für die Jahre 2014 und 2015 werden im Jahr 2015 durch Zahlung ausgeglichen, 2016 im lfd. Jahr (Buchung bei der Stadt) (Anlage 4).

Abstimmung:

23 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen

TOP 9.

Ankündigungsbeschluss über die beabsichtigte rückwirkende Anpassung der Abwasserbenutzungs-gebühren zum 01.01.2017

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt auch diesen TOP mit der dazugehörigen Beschlussvorlage vor. Der Magistrat hat hierüber mit 6:0:2 beraten und der Haupt- und Finanzausschuss mit 6:1:0. Alle Fraktionen verzichten auf Stellungnahmen und teilen ihre Zustimmung zur Beschlussvorlage mit.

Beschluss 88/2016

-15.12.2016-

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt folgenden Ankündigungsbeschluss:

Die Stadt Gersfeld (Rhön) beabsichtigt, eine Entwässerungssatzung im ersten Halbjahr 2017 neu zu fassen. In diesem Zuge soll die Abwasserbenutzungsgebühr auf die Abwassersplittinggebühr entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.05.2016, TOP 10., rückwirkend zum 01.01.2017 umgestellt werden.

Bezogen auf den Grundsatzbeschluss vom 25.05.2016, der als Anlage dem Ankündigungsbeschluss nochmals beigefügt ist, ergeben sich voraussichtlich folgende Beträge:

Die Gebühr beträgt (für das Einleiten von Niederschlagswasser) voraussichtlich pro Quadratmeter bis zu

0.60 EUR.

Die Gebühr beträgt (Grundgebühr für die Abwasseranlagen für das Niederschlagswasser) voraussichtlich pro Quadratmeter bis zu

0,10 EUR.

Die Gebühr für das Einleiten von Schmutzwasser beträgt voraussichtlich pro Quadratmeter Frischwasserverbrauch bei zentraler Abwasserreinigung in der Abwasseranlage bis zu

3,00 EUR.

Die Gebühr (Grundgebühr für die Abwasseranlagen für das Schmutzwasser) beträgt voraussichtlich pro angefangenen Kalendermonat bei Messeinrichtungen mit einer Verbrauchsleistung

bis zu	-QN 2,5	10,00 EUR
von mehr als	-QN 6,0	24,00 EUR
von mehr als	-QN 10,0	40,00 EUR
von mehr als	-QN 15,0	60,00 EUR
von mehr als	-QN 40,0	160,00 EUR
von mehr als	-ab QN 60,0	240,00 EUR.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Formulierung der vorstehenden Absätze von dem zu beschließenden Text der Entwässerungssatzung abweichen kann (Anlage 5).

Abstimmung:

23 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen

TOP 10.

Verbindliche Nutzung des papierlosen Sitzungsdienstprogramms ab dem 01.07.2017 / Neufassung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt auch diesen TOP und die dazugehörige Beschlussvorlage vor. Das Beratungsergebnis des Magistrates wird mit 9:0:0 bekannt gegeben. Der Haupt- und Finanzausschuss hat über die Beschlussvorlage mit 7:0:0 beraten, jedoch einen Änderungsvorschlag im Rahmen der Diskussionen vorgelegt. Da nicht alle Parlamentarier das elektronische Programm Allris nutzen möchten bzw. können, soll im Beschlusstext das Wort "...wird ab dem 01.07.2017..." durch die Wörter "...soll...genutzt werden" ersetzt, sowie das Wort "...verbindlich..." ersatzlos gestrichen werden.

Im Rahmen ihrer Stellungnahmen für die Fraktionen signalisieren die Abgeordneten ihre Zustimmung zum Änderungsvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses. Dieser wird sodann wie folgt abgestimmt:

Beschluss 89/2016

-15.12.2016-

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt einstimmig den Änderungsvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses zu TOP 10. betreffend der Nutzung des elektronischen Sitzungsdienstprogramms "Allris" wie folgt: Im Beschlusstext wird das Wort "wird" durch die Wörter "soll…genutzt werden" ersetzt sowie wird das Wort "verbindlich" ersatzlos gestrichen.

Abstimmung:

24 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Anschließend wird die Beschlussvorlage zu TOP 10. – unter Einarbeitung der mit Beschluss 89/2016 genehmigten Änderungen – abgestimmt:

Beschluss 90/2016

-15.12.2016-

Das elektronische Sitzungsdienstprogramm "Allris" soll ab dem 01.07.2017 durch Stadträte/-innen und Stadtverordnete genutzt werden. Ab diesem Datum wird auf das Versenden von Papierunterlagen (Einladung, Vorlagen etc.) durch die Verwaltung verzichtet. Die Abgeordneten haben aber dennoch generell das Recht, zu den Sitzungen "Papierunterlagen" anzufordern. Dies soll durch eine generelle schriftliche Abfrage erfolgen.

Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung wird gemäß dem beiliegenden Entwurf neu gefasst. Sie tritt am 01.01.2017 in Kraft (Anlage 6).

Abstimmung:

24 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Der Stadtverordnetenvorsteher Martin Gutermuth gibt an dieser Stelle in eigener Sache eine kurze Stellungnahme zum Bericht in der FZ vom 07.12.2016 ab, der über die Zusammenarbeit der Fraktionen der SPD und CDU berichtet hat. Er bringt sein Erstaunen zum Ausdruck, vor allem über die Art und Weise, wie dieser Bericht in der FZ vom 07.12.2016 geschrieben wurde. Er teilt weiterhin mit, dass er es gut und lobenswert findet, wenn gute, konstruktive Politik für die Stadt Gersfeld (Rhön) betrieben wird, auch befindet er es als gut, wenn Einigkeit unter den Fraktionen bestehe.

Jedoch wollen gute Kommunalpolitik für die Rhönstadt auch die weiteren 3 Fraktionen betreiben, die sich öffentlich nicht präsentiert haben. Aus seiner Sicht gehöre Sachpolitik nicht zuerst in die Medien. Sachpolitik gehört an erster Stelle in die Ausschüsse, in den Magistrat und dann in die Stadtverordnetenversammlung. Hierfür möchte er an dieser Stelle werben und bittet die Fraktionen darum, den Weg nach außen nicht zuerst über die Presse zu suchen, sondern alle zur Verfügung stehenden Kräfte zu bündeln und als Gemeinschaft aufzutreten. Das sei sein Anliegen an die Stadtverordneten, so der Stadtverordnetenvorsteher.

Der Abgeordnete Michael Gutermuth merkt abschließend noch an, dass die Zusammenarbeit der Fraktionen der SPD und CDU niemand ausschließen sollte, man aber einen solchen Zusammenschluss auch kund tun könnte.

TOP 11.

Anträge

TOP 11.1.

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD zur Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2016 Wasserbauprogramm

Der Abgeordnete Michael Gutermuth stellt den gemeinsamen Antrag für die Fraktionen der CDU und SPD (Anlage 7) vor, macht einige Ausführungen hierzu und bittet die Stadtverordnetenversammlung um Zustimmung.

Der Abgeordnete Glück fragt bezüglich des Antrages an, welche Produkte mit einem Sperrvermerk belegt worden seien? In der Sitzung am 01.12.2011 wäre lediglich die Aussetzung des Wasserbauprogramms beschlossen worden. Weiterhin merkt er noch kritisch an, dass durch die wiederholte gleiche Antragsstellung die Arbeit nicht getan werde und die bereits gefassten Beschlüsse endlich umgesetzt werden sollen. Der Abgeordnete Kammerdiener schließt sich im großen und ganzen im Rahmen seiner Stellungnahme den Ausführungen des Abgeordneten Glück an. Weiterhin fragt er

noch nach dem Vorliegen eines technisch ausgereiften Konzepts nach und ob dieses den Ausschüssen vorgelegt wurde?

Der Bürgermeister antwortet hierauf, dass ein technisch ausgereiftes Konzept für die Variante 1 vorliegt, lediglich das Finanzierungskonzept liege noch nicht vor. Hier warte man noch auf die Globalberechnung. Er möchte aber noch vor der Sommerpause über die Finanzierung beraten, damit man danach die Bevölkerung informieren kann.

Der Abgeordnete Glück beantragt, die Entscheidung über die Aufhebung der Aussetzung des Wasserbauprogramms vorerst aufzuschieben und den vorliegenden Antrag in die Ausschüsse (Bauausschuss und Betriebskommission) zur Beratung zu überweisen, um danach eine Entscheidung zu treffen.

Der Bürgermeister entgegnet hierauf, dass sich in den vergangenen 5 Jahren nicht viel getan hat und das Wasserbauprogramm jetzt vorangebracht werden soll. Er möchte, dass der Antrag – gegebenenfalls etwas abgeändert – nun abgestimmt wird.

Der Abgeordnete Reuß beantragt eine Sitzungsunterbrechung zur Beratung und gegebenenfalls Neuformulierung des Antrages bzw. Beschlusstextes. Dem wird stattgegeben und wird die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen.

Nach der Pause stellt der Abgeordnete Goldbach den neu formulierten Punkt 1. des SPD/CDU-Antrages der Stadtverordnetenversammlung vor:

Der ursprüngliche Antrag Punkt 1. wird gestrichen und wie folgt ersetzt:

"Die von der Stadtverordnetenversammlung am 01.12.2011 beschlossene Aussetzung des Wasserbauprogramms wird aufgehoben sowie alle dem Wasserbauprogramm auferlegten Sperrvermerke.

Das Wasserbauprogramm wird zur Umsetzung freigegeben."

Die Punkte 2. bis 4. des vorliegenden Antrages bleiben weiterhin bestehen und bittet er die Stadtverordnetenversammlung nunmehr um Zustimmung.

Folgende Abgeordnete nehmen nicht an der Abstimmung teil und verlassen die Versammlung:

BWG-Fraktion: Uwe Glück, Klaus Grösch, Andrea Hintzmann, Mark Rehm, Peter Vey

FDP-Fraktion: Christoph Kammerdiener, Martin Gutermuth

Grüne-Fraktion: Karin Muhr, Heiner Marquardt

Magistrat: Dieter Wepler (BWG)

Der Abgeordnete Michael Gutermuth (SPD) übernimmt als Vertreter des Stadtverordnetenvorstehers vorübergehend den Vorsitz der Stadtverordnetenversammlung und stellt nach Antragstellung zur Feststellung der Beschlussfähigkeit des Abgeordneten Kammerdiener fest – welcher nahtlos die Versammlung verlassen hat -, dass mit nun noch 15 anwesenden Stadtverordneten eine Beschlussfähigkeit nicht mehr gegeben ist.

Die Fraktionen der SPD und CDU ziehen daher ihren gemeinsamen Antrag zu TOP 11.1. zurück.

Anschließend nehmen die Abgeordneten Kammerdiener und Martin Gutermuth wieder an der Stadtverordnetenversammlung teil. Der Stadtverordnetenvorsteher übernimmt ebenfalls wieder den Vorsitz der Versammlung.

TOP 12.

Berichte und Anfragen

Berichte

Der Bürgermeister gibt folgende Berichte ab:

1. Beratungsgespräch NSK

Er berichtet über den Termin am 02.12.2016 und teilt mit, dass dieser interessant, aber auch ernüchternd war. Die kompakte Darstellung der Haushaltslage hat aufgezeigt, dass die Stadt Gersfeld in vielen Bereichen niedere bzw. unterdurchschnittliche Plätze belegt und es noch viel zu tun gibt im Bereich der Konsolidierung.

2. Rathausfassade

Er berichtet hierzu, dass die Mauerarbeiten abgeschlossen sind, die Fensterbänke gesetzt wurden und die Dachrinne ebenfalls versetzt wurde. Weiterhin wurden am 15.12.2016 die Ost- und Südseite sowie Teile der Westseite verputzt.

3. Freibadsanierung

Die Sanierung des Freibades ist derzeit im Zeitplan. Ein Teil der neuen Sohle wurde bereits betoniert und das neue Verrohrungs- und Düsensystem wurde installiert. Im nächsten Schritt soll die Sohle weiter betoniert werden, aber ob dies noch in diesem Jahr geschehen kann, ist witterungsabhängig.

4. Kindergarten

Nach intensiven Überlegungen wurde sich darauf verständigt, eine weitere U3-Gruppe im Haus der Begegnung zu eröffnen. Unter Zurückstellung aller Bedenken hat die Aufsichtsbehörde hierfür eine auf 1,5 Jahre befristete Betriebserlaubnis angekündigt. Es soll ein weiterer Raum im Foyer der Immobilie in Trockenbauweise entstehen. Die Bauarbeiten hierfür sollen im Januar 2017 laufen, damit Mitte Februar 2017 der neue Raum für die Gruppe bezugsfertig ist.

Hinsichtlich einer Dauerlösung wird derzeit ein Neubau einer U3-Einrichtung auf einer Fläche oberhalb des Schlossparks favorisiert. Andere, zunächst geprüfte, Flächen scheiden aus diversen Gründen (Kosten, Platzmangel, Verkehrserschließung etc.) aus. Für diese Fläche müsste jedoch der entsprechende Bebauungs-Plan geändert werden. Über diese und weitere Fragen werden kurzfristig Gespräche mit den zuständigen Behörden stattfinden.

5. Fusion AOF

Eine Entscheidung soll in Gersfeld im ersten Halbjahr 2017 fallen. Derzeit ist noch mit den Aufsichtsbehörden abzuklären, ob Zuschüsse einfließen dürfen.

6. Finanzierung Wasserbauprogramm

Die Ergebnisse der Globalberechnung wurden durch das Büro Alevo für Ende des ersten/Anfang des zweiten Quartals 2017 angekündigt. Vor der Sommerpause 2017 soll die Art und Weise der Finanzierung des Wasserbauprogramms durch die Gremien geklärt werden. Alsdann sollen Bürgerinformationsveranstaltungen stattfinden bzw. –veröffentlichungen erfolgen.

7. Parkplatzbewirtschaftung

Die Stadt Gersfeld hat mittlerweile die Bewirtschaftung des Parkplatzes "Fuldaquelle" übernommen. In Nachverhandlungen konnte das Betriebsführungsentgelt heruntergehandelt werden. Die Bewirtschaftung des Parkplatzes "Schwedenwall" wird der Stadt Gersfeld wohl ab Mai oder Juni 2017 angetragen werden. Der Parkplatz "Abtsroda" wurde fertiggestellt und wird derzeit geklärt, wie mit diesem und dem "kleinen Fuldaquellen-Parkplatz" verfahren werden soll. Ein neues Fahrzeug, Skoda Yeti, wurde angeschafft und als Ordnungsamtsfahrzeug kenntlich gemacht.

8. IKZ-Tourismus

Derzeit wird die Organisation der Tourismusverwaltung in der gesamten Rhön neu aufgestellt. Auf Initiative des Bürgermeisters Korell sind auch die Bürgermeister der TAG "Die Rhöner" in intensiven

Gesprächen über eine enge Zusammenarbeit im Bereich des Tourismus der angeschlossenen Kommunen. Weitere Beratungen und Berichte werden im nächsten Frühjahr folgen.

9. Bahnübergang Hettenhausen

Die DB Netz AG hat darauf hingewiesen, dass Voraussetzung für den Abschluss einer Eisenbahnkreuzungsvereinbarung, die Widmung der Straße "Zu den Sportstätten" dem öffentlichen Verkehr ist. Dies ist momentan nicht der Fall. Derzeit werden die Voraussetzungen und die Folgen einer solchen Widmung geprüft. Auch sollen die Baukosten noch berechnet werden, da die letzte Kostenschätzung schon älter und daher nicht mehr aktuell ist.

10. Vergleichende Prüfung Kurorte

Die Prüfung ist abgeschlossen. Der Prüfbericht soll der Stadt Gersfeld ab März 2017 zugehen.

11. Skirollerbahn

Das Projekt Skirollerbahn wurde im Ausschuss vorgestellt und befürwortet. Derzeit wird ein Finanzierungsplan erarbeitet. Die SKG soll Bauherr und Projektträger sein, weiterhin werden noch Sponsoren gesucht.

12. Hort-Betreuung

Die Otto-Lilienthal-Schule wird sich am Landesprogramm "Pakt für den Nachmittag" beteiligen. Der Bürgermeister hofft, dass hierdurch eine dauerhaft funktionierende Hort-Betreuung eingerichtet werden kann.

Anfragen

Es werden folgende Anfragen gestellt:

Der Abgeordnete Kammerdiener stellt die nachfolgenden 4 Anfragen:

- 1. Er fragt zum Umbau Freibad an, ob Schäden zu befürchten sind, wenn kein Wasser im Becken ist?
 - Der Bürgermeister antwortet hierauf, dass Herr Bangert in der letzten Magistratssitzung auch danach gefragt wurde und dies verneint hat.
 - Herr Kammerdiener möchte wissen, ob diese Aussage schriftlich vorliegt, worauf der Bürgermeister entgegnet, dass dies nicht der Fall ist, er sich aber um eine schriftliche Bestätigung von dem Architektenbüro kümmern wird.
- 2. Er fragt weiter an, ob bezüglich der Umwidmung der Straße in Hettenhausen Bahnübergang zusätzliche Kosten für die Stadt Gersfeld entstehen werden?
 - Der Bürgermeister teilt hierzu mit, dass die Baukosten neu berechnet werden und sich sicher erhöhen werden. Ob die Zuschüsse sodann dementsprechend auch steigen werden, kann er nicht beantworten. Er räumt jedoch ein, dass aufgrund der geänderten Berechnung evtl. eine Mehrbelastung für die Stadt Gersfeld entstehen kann.
- 3. Der Abgeordnete Kammerdiener fragt zur Antwort zu Punkt 2. nun an, wie der Sachverhalt bei einer mehr als 10 %-igen Erhöhung der Kosten nun ist? Da die vormaligen Kostenansätze und Kostenverteilung Bestandteil der Beschlussfassung waren, möchte er wissen, ob sodann eine neue Beschlussfassung erforderlich ist?
 - Der Bürgermeister antwortet hierauf, dass er bei einer bis zu 10 %-igen Kostenerhöhung von einer neuen Beschlussfassung absehen wird, jedoch bei einer anderen noch höheren Entwicklung der Belastung neu beraten und beschlossen werden soll.

- 4. Zum Thema Bahnübergang in Hettenhausen möchte der Abgeordnete Kammerdiener weiterhin wissen, ob dem Magistrat ein vollständiges Gutachten der Verkehrszählung usw. vorgelegen hat?
 - Der Bürgermeister antwortet hierauf, dass ein Gutachten vorliegt. Inwieweit dies ein komplettes Gutachten ist oder nur einen Auszug darstellt, ist ihm nicht bekannt. Er wird dies prüfen.
- 5. Der Abgeordnete Reuß fragt nach dem möglichen Verfahren zur Einstellung von Protokollen in Allris an. Hier regt er an, dass beim Einstellen von Protokollen ein entsprechender Hinweis an die Abgeordneten erfolgen soll.

Der Stadtverordnetenvorsteher lädt zum Jahresabschluss abschließend das gesamte Parlament im Anschluss an die Stadtverordnetenversammlung noch zu einem Umtrunk und kleinen Imbiss im Sitzungssaal ein.

Schriftführerin

Stadtverordnetenvorsteher